

Stellungnahme der OMV AG

zur Verordnung der E-Control über die Regelungen zur Gaskennzeichnung und zur Ausweisung der Herkunft nach Primärenergieträgern (Gaskennzeichnungsverordnung)

OMV bedankt sich für die Möglichkeit der Begutachtung des Entwurfs für die Verordnung zur Gaskennzeichnung und nimmt Stellung wie folgt:

- ▶ Generell begrüßen wir die Intention der E-Control, das Produkt Gas positiv hervorzuheben und dem Kunden die Möglichkeit zu geben, in seinem Produktmix auch Biogas zu wählen.
- ▶ OMV sieht jedoch kritisch, dass mit dieser Verordnung auch die freiwillige Gaskennzeichnung geregelt werden soll. Eine freiwillige Gaskennzeichnung (und das ist sie unserer Meinung nach, bis nicht ein entsprechendes Angebot an Biogas, Klärgas und Deponiegas in Österreich vorliegt) sollte nicht diesen strikten Vorgaben unterliegen.
- ▶ Es stellt sich grundsätzlich auch die Frage, ob der gewählte Zeitpunkt der passende ist. Nachdem es in der Gaskennzeichnungsverordnung zu neuen Begriffsdefinitionen kommt, würde es von der Prozessabfolge her logisch erscheinen, zuerst im Rahmen des Erneuerbaren Ausbau Gesetzes diese Definitionen zu diskutieren und festzulegen und in einem zweiten Schritt in der Gaskennzeichnungsverordnung nachzuziehen.
- ▶ Über eine Verordnung - quasi in umgekehrter Reihenfolge - die Begriffsdefinitionen im GWG zu ändern scheint rechtlich fragwürdig.
- ▶ Sollte es dennoch zu Definitionen in der Gaskennzeichnungsverordnung kommen, so schlagen wir folgende Formulierungen vor:

a) Begriffsbestimmungen:

Anpassung der Definitionen „Gas“ und „erneuerbare Gase“ wie folgt:

§ 2. (1) Im Sinne dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck

1. „Gas“ in das Erdgasnetz eingespeistes Erdgas sowie erneuerbare Gase gemäß den Regeln der Technik*
~~a) auf Erdgasqualität aufbereitete biogene Gase oder~~
~~b) durch Anlagen zur Umwandlung von Strom in Wasserstoff oder synthetisches Erdgas (Power-to-Gas-Anlagen) erzeugter Wasserstoff sowie synthetisches Methan, das durch Methanisierung von Wasserstoff erzeugt worden ist;~~
2. „erneuerbare Gase“ auf Erdgasqualität aufbereitete biogene Gase sowie durch Wasserelektrolyse (Power-to-Gas) erzeugter in das Erdgasnetz eingespeister Wasserstoff bzw Gemische aus Erdgas-Wasserstoff und synthetisches Methan, das durch wasserelektrolytisch erzeugten Wasserstoff und anschließende durch Methanisierung erzeugtes synthetisches Methan worden ist, sofern für die Wasserelektrolyse ein erneuerbarer Energieträger zum Einsatz gekommen ist gemäß den Regeln der Technik*;
3. „Gas aus sonstigen Energieträgern gemäß den Regeln der Technik“ Gas, das weder Erdgas noch erneuerbares Gas ist.

* Gemäß den Regeln der Technik, die in Folge noch festzulegen sind, dies auch im Hinblick auf mögliche Auswirkungen auf Lagerstätten

b) Nachweise:

§ 6. (2):

„Darüber hinaus ist eine Anerkennung von Nachweisen für die Gaskennzeichnung in Österreich nur dann möglich, wenn in dem Land, in dem die Nachweise gemäß Art. 19 Abs. 7 der Richtlinie 2018/2001/EG ausgestellt wurden,

ein Gaskennzeichnungssystem besteht, das elektronisch verfügbar, eindeutig und betrugssicher ist sowie sicherstellt, dass keine Doppelausstellung oder Doppelverwendung von Nachweisen erfolgt.“

- ▶ OMV spricht sich für Betrugssicherheit aus, jedoch muss der Marktteilnehmer in Lage sein, Zertifikate zu verwenden die aus Ländern stammen, in denen es kein Kennzeichnungssystem gibt. Diese Zertifikate sollten gegebenenfalls anerkannt werden. Ein zu implementierendes Gaskennzeichnungssystem im jeweiligen Land scheint überschießend zu sein.

c) Gültigkeit von Nachweisen:

§ 7. (2):

„Nachweise müssen spätestens in dem der Erzeugung der entsprechenden Gaseinheit folgenden Kalenderjahr verwendet werden.“

- ▶ Für das Produkt Gas – das auch vom Gesetz her teilweise langfristig gespeichert werden soll – erachtet OMV eine Befristung der Kennzeichnung für nicht wirklich sinnvoll, da Gas im Gegenteil zu Strom speicherbar ist und auch gespeichert werden soll.
- ▶ Sollte E-Control auf einer Befristung bestehen, so sollte jedenfalls die Dauer der Speicherung die Frist hemmen.
- ▶ Die hier vorgegebenen Anforderungen führen zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand im Speicher, was im ohnehin schon schwierigen Marktumfeld einen weiteren negativen Punkt darstellt.

d) Abänderung § 130 Abs 10 GWG:

- ▶ Nach § 130 Abs. 10 GWG muss eine Verpflichtung zur Kennzeichnung erst vorgenommen werden, „... sofern die gesamtösterreichische Aufbringung von ins Erdgasnetz eingespeistem Biogas, Deponiegas und Klärgas in den vorangegangenen beiden Kalenderjahren jeweils eine jährliche Menge von 30 Millionen m³ überstiegen hat ...“.
- ▶ Eine Abänderung dieser Bestimmung im GWG erscheint unserer Meinung nach zum jetzigen Zeitpunkt nicht zielführend.

Wien, am 19. Februar 2019

Kontakt

Ines Schneider

Head of Gas Regulatory Affairs
International & Governmental Relations
OMV AG
Trabrennstraße 6-8
A-1020 Wien
Tel.: +43 (1) 40440 - 28724
Mobile: +43 664 6120925
ines.schneider@omv.com
www.omv.com

Martina Firtik

Gas Regulatory Affairs Manager
International & Governmental Relations
OMV AG
Trabrennstraße 6-8
A-1020 Wien
Tel.: +43 (1) 40440 - 22159
Mobile: +43 664 6120667
martina.firtik@omv.com
www.omv.com